

# Die Wählerin.

## Die sozialpolitischen Forderungen der Frauen.

Heute erst feiert die Ideenwelt der Frau den sittlichen Triumph ihrer Anerkennung. Es ist der ethische Gedanke, daß innerhalb der sozialen Gemeinschaft nicht Kampf und Zerstörung, sondern Liebe und Aufbau, nicht Unterdrückung, sondern Freiheit, nicht Macht, sondern Recht herrschen sollen, sowie die wirtschaftliche Erkenntnis, daß der Reichtum eines Landes nicht nach seinen Bodenschätzen, seinem Ertrag der Landwirtschaft und Gütererzeugung allein, sondern nach der gesunden Arbeitskraft und dem geistigen Wert der Bevölkerung zu bemessen ist, daß dem kostbarsten Gut im Staate, den Menschen, durch eine großzügige Sozialpolitik besondere Sorgfalt und Pflege zuteil werden muß. Es liegt nun an den Wählerinnen, ihren sozialpolitischen Wunschzeitel den zukünftigen Volkswartretern vorzulegen, von denen sie die volle Einlösung aller Versprechungen verlangen.

Diese Forderungen richten sich zunächst dahin, daß die schweren Verluste an Menschenleben durch eine weitausschauende Bevölkerungspolitik gemildert werden sollen. Damit ist nicht jene Richtung gemeint, die das einzige Heil der Nation in einer starken Steigerung ihrer Geburtenziffern erblickt, vielmehr soll darauf Bedacht genommen werden, unter welchen Bedingungen Kinder in die Welt gesetzt werden, um diese lebensfähig und gesund zu erhalten. Darum fordern wir alle Maßnahmen zum Schutze von Mutter und Säugling: staatliche Mutterschaftsversicherung, öffentliche Säuglingsstationen und Mütterberatungsstellen, Milchverteilungsstationen, obligatorische Einführung von Säuglingspflegerinnen in Stadt und Land. Für die weitere Aufsicht der Kinder sind verschiedene Voraussetzungen zu schaffen: Licht- und gesunde Wohnräume an Stelle jener

Stätten, die sich infolge der Überbevölkerung der Städte bilden. Die geistige Stadtratstätigkeit hat sich, wie im Falle der Zigarettenfabrik, in den böhmisches Steieren. — Gefahr der Fellen in der Kohlenfuhr. — Zehrende Strafen im Stadtrat. — Neue Schlichtung des Straßenschnittriedes und Aus- scheidung der Fellen. — Die Zigarettenfabrik.

### Die Kohlenfuhr.

fallen sind. Alle diese Bestrebungen gehen vornehmlich darauf aus, die Jugend für Beruf und Leben zu erlichthigen, damit sie einer gesicherten Zukunft entgegengehe. Diesem Zwecke dienen insbesondere die Einrichtungen von Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und öffentliche Arbeitsnachweise. Der Ausbau und enge Zusammenschluß dieser Stellen zu gemeinsamer Arbeit mit Schule und Lehrerschaft gehört zu den bedeutenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und der Volksvertretung. Im Interesse der Volkswirtschaft wie des einzelnen liegt es, diese Methoden anzuwenden, die zu einer Berufsauslese und deren richtiger Verwendung im Wirtschaftsleben führen. Dieses sozialpolitische Programm der weiblichen Wählerchaft, das hier nur in großen Zügen angedeutet werden konnte, hat seinen Ausblick in die Zukunft. Es ist die Zukunft einer besseren Zeit, die uns grüßt, auf die wir hoffen und der wir vertrauensvoll entgegengehen. **O. S. Schwarz.**

## Politischer Verein für Frauen.

Der Bund österreichischer Frauenvereine, dem die Frauenvereine fortschrittlicher Richtung angehören, hat eine Vertreterinnenversammlung einberufen, um ihr den Antrag vorzulegen, die Verbandssatzungen dahin abzuändern, daß der „Bund“ als politischer Verein erklärt werde. Die Bundesvorsitzende Frau Bertha v. Sprung begründete diesen Antrag in eingehender Weise und beleuchtete die politische Stellung des Bundes als deutsche, bürgerliche und freiheitliche Vertretung der Frauen. Sie hob hervor, wie sehr die deutschen Frauen jetzt ihre Kraft entfalten müssen, um Kulturarbeit am deutschen Volk zu leisten, wie notwendig es sei, einen engen Zusammenhang zwischen den führenden Frauenkreisen von Wien mit jenen der Alpenländer herzustellen. In ihren weiteren Darlegungen betonte die Rednerin, daß die bürgerlich-demokratischen Frauen ihrer fortschrittlichen Gesinnung am besten mit den Worten Ausdruck geben: „Es gibt kein Zurück mehr!“ Jedoch dürfen bei der weiteren Entwicklung nicht hohe Werte der bürgerlichen Kultur verlorengehen. Nach einer anschließenden, sehr lebhaften Wechselrede sagte die Vorsitzende in ihrem Schlusswort, daß nunmehr der Bund als politischer Verein vor neue Aufgaben gestellt werde, die Frauen politisch zu schulen, sie über die Zusammenhänge mit dem Wahlrecht zusammenhängenden Fragen aufzuklären. Einer bestimmten Partei schließt sich der Bund nicht an, da es ein Zentrum der fortschrittlichen Frauengruppen, theoretisch belehrend wirken will.

Damit ist auch diese größte Frauenvereinigung, die über 100 Vereine in Wien und den deutsch-österreichischen Ländern umfaßt, zu einer wichtigen, politischen Stelle geworden. **O. S.**